

Sitzung Nr. 6 vom 08. Juni 2021

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Alfred Kilchenmann (Ersatz) (bis Traktandum 11) Robert Gerber Konrad Schleiss Sandra Sieber (Ersatz) Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Fabian Affolter Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Patrick Zberg (Ersatz)
Entschuldigt	Remo Bill Nicole Hirt Reto Gasser
Anwesend von Amtes wegen	Vanessa Meury, Präsident Jugendkommission Aquil Brigger, Stadtbaumeister David Baumgartner, Finanzverwalter Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:45 Uhr
TRAKTANDEN	(2769 - 2780)
1	2769 UNICEF Label "Kinderfreundliche Gemeinde": - Leitbild Kinder- und Jugendpolitik der Stadt Grenchen - Roadmap Rezertifizierung

- 2 2770 Lindenhaus: Bericht zur offenen Jugendarbeit / Midnight Sports 2020
- 3 2771 Kreditüberschreitungen 2020: Zuständigkeit Schulverwaltung
- 4 2772 Kreditüberschreitungen 2020: Zuständigkeit Finanzverwaltung
- 5 2773 Motion Fraktion CVP: Neu-/Ersatzbeschaffung gemeindeeigene Fahrzeuge nur noch mit alternativer Antriebstechnik: Beschluss über Erheblicherklärung
- 6 2774 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Pflichtenheft
- 7 2775 Überparteiliche Motion: Transparentere Gemeinderatskommission und Verwaltung: Antrag an GV
- 8 2776 Überparteiliche Motion: Einführung eines Stellenmoratoriums bzw. einer für die gesamte Stadtverwaltung geltenden Stellenplafonierung: Einreichung
- 9 2777 Kleine Anfrage Richard Aschberger (SVP): Finanzkommission in der Stadt Grenchen: Einreichung
- 10 2778 Kleine Anfrage Richard Aschberger (SVP): Immobilien im Besitz der Stadt / Thema Bewirtschaftung: Einreichung
- 11 2779 Mitteilungen und Verschiedenes
- 12 2780 **VERTRAULICH**

- o -

UNICEF: Kinderfreundliche Gemeinde

- Leitbild Kinder- und Jugendpolitik der Stadt Grenchen

- Roadmap Rezertifizierung

Vorlage: JUKO/27.05.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Laut Vanessa Meury, Präsidentin Jugendkommission, wurde für die Verleihung des Labels UNICEF Kinderfreundliche Gemeinde ein Aktionsplan bis 2021 festgelegt. Eine dieser Massnahmen ist die Schaffung eines Leitbildes für die Kinder- und Jugendpolitik in Grenchen. Im Vorab wurde Studenten der Fachhochschule Nordwestschweiz beigezogen, welche die Bedürfnisse der Kinder- und Jugendlichen in einer Projektarbeit präsentierten. Auf dieser Basis wurde das Leitbild kreiert. Nach der Erarbeitung der ersten Fassung in der Jugendkommission wurde ein runder Tisch mit Vertretern und Vertreterinnen der Jugendorganisationen organisiert. Weiter wurde mittels Workshops in Schülerräten das Leitbild konkret erörtert und angepasst. Nach der Finalisierung wurde das Leitbild erneut an einem runden Tisch verabschiedet. Es war eine spannende Herausforderung, allen möglichen Bedürfnissen gerecht zu werden. Das Leitbild wurde in einem einfachen und möglichst verständlichen, kinderfreundlichen Format erstellt. Ziel ist es, dass auch Aussenstehende und Familien das Leitbild schlussendlich anwenden.

Das weitere Vorgehen für die Rezertifizierung wird in erster Linie die Zusammenfassung der Ergebnisse auf der momentan laufenden Befragung der Selbstevaluation sein. Im Herbst 2021 werden die Ergebnisse entsprechend mit der UNICEF diskutiert. Ende Jahr 2021 müssen weitere Massnahmen in einem Aktionsplan für weitere vier Jahre festgelegt werden. Bis im Frühjahr 2022 entscheidet die UNICEF, ob die Stadt Grenchen rezertifiziert wird.

Im Namen der Jugendkommission bedankt sich Vanessa Meury bei allen, welche die Massnahmen des Aktionsplanes unterstützt und ihren Beitrag dazu geleistet haben, diese Ziele zu erreichen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno war als Vertreter der offenen Jugendarbeit bzw. der ISG Kinder-, Jugendförderung Grenchen in den Prozess des Leitbilds involviert. Das Leitbild Kinder- und Jugendpolitik der Stadt Grenchen ist inhaltlich einfach und verständlich geschrieben sowie kinderfreundlich dargestellt.

Es zielt klar darauf ab, dass Kinder und Jugendliche zukünftig mehr Mitspracherecht erhalten und ihre Wünsche und Anregungen von der Politik und der Verwaltung wahrgenommen und in Projekten miteinbezogen werden. Die Verwaltung und die Politiker sind gefordert und angehalten, den Blickwinkel und die Perspektive der Kinder und Jugendlichen einzunehmen und erst dann zu entscheiden. Nur ein gelebtes Leitbild ist ein gutes Leitbild, ansonsten verkommt es zu einem Papiertiger. Die CVP-Fraktion unterstützt das Leitbild und dankt den Verfassern unter der Führung der Jugendkommission und des Jugendbeauftragten Mike Brotschi sowie den Vertretern der Jugendorganisationen und den Schulen für die Mitarbeit. Den Zwischenbericht und die Roadmap für die Rezertifizierung nimmt sie positiv zur Kenntnis und merkt gerne an, dass die Massnahmen in der Beilage 3 bereits überholt sind. Zukünftig sollen, wie von Anja Bernet im Zwischenbericht festgehalten, anstelle von sehr hohen Zielen, die man sich gesetzt hat, eher kleine Umsetzungsziele festgelegt werden. Dann ist man auch nicht gezwungen, neue Projekte aus dem Boden zu stampfen, die grossen Aufwand und Kosten verursachen, sondern kann sich Sachen annehmen, die bereits vorhanden sind, und daran Optimierungen vornehmen. Ein letzter Punkt betrifft die Unterstützung des Kantons. Seines Wissens hat der Kanton das Pilotprojekt unterstützt. Nun stellt sich ihm die Frage, ob nicht auch die Kosten der Rezertifizierung vom Kanton übernommen werden könnten.

2.2 Gemäss Gemeinderat Daniel Hafner begrüsst die SP-Fraktion alle Efforts für die Rezertifizierung des Unicef-Labels und die Förderung der Jugend und des Bewusstseins für Partizipation und somit auch für die politische Beteiligung und Mitverantwortung. Dies kann auch ein Mittel gegen die verhältnismässig grosse Passivität der Bevölkerung in der Stadt Grenchen sein (Stichwort Stimmbeteiligung). Die SP bedankt sich bei den Autorinnen und Autoren des Leitbilds und bei der Jugendkommission für ihre wertvolle Arbeit und ihren Einsatz. Ein Zwischenbericht zeigt, dass der Bestand diverser Projekte und Planungen vorhanden ist. Die SP erwartet in der nächsten Zeit Schritte zur Konkretisierung. Ihr ist auch wichtig festzuhalten, dass nicht nur das Label oder die entsprechenden Organisationen für die Förderung der Jugend in dieser Stadt sorgen. Eine ganz grosse Aufgabe haben hier auch die Sportvereine in allen Sportkategorien und Glaubensgemeinschaften. Die reformierte und katholische Kirche, die muslimischen Verbände, die Pfadi usw. sorgen für eine umfassende Jugendförderung. Es soll an dieser Stelle deklariert sein, dass dies ein wichtiger Beitrag für das Gemeinwohl der Stadt ist. Das Schreiben der Unicef bestätigt eine gute Ausgangslage und dass der Wille und die Pläne für die Förderung der Jugendlichen vorhanden sind, aber man merkt auch einen gewissen Druck, dass die Priorisierung und Konkretisierung von gewissen Massnahmen langsam auf das Tapet kommen sollten. Für die Zukunft der Stadt ist es der SP ein Anliegen, dass sich Menschen hier wohl fühlen und sich mit der Stadt identifizieren und dies fängt am besten in den Jugendjahren an. Entsprechend erachtet sie jeglichen Einsatzwillen, der zur Rezertifizierung des Labels führt, als richtig und wichtig. Die SP unterstützt das Leitbild.

2.3 Als Vorgänger von Vanessa Meury in der Jugendkommission, so Gemeinderat Fabian Affolter, hat er den Prozess und die Vorstellung der Projektarbeiten auch mitbekommen. Er ist nicht mehr ganz voll dabei. Deshalb musste er sich in das Ganze wieder ein wenig einlesen. Er erinnert sich aber noch daran, was er in der Jugendkommission gehört hat. Ihm wurde damals gesagt, dass es wichtig ist, dass man hier vorwärts machen und das Unicef-Label erwerben soll, sonst werde dann plötzlich die Kommission überflüssig. Er hat das so zur Kenntnis genommen.

Fabian Affolter findet es schön, dass man jetzt in der Jugendkommission etwas machen und bewirken kann. Wie es vorhin bereits erwähnt wurde, gibt es im Moment relativ viel Papier und wenige Sachen, die man draussen sieht. Er hofft schwer, dass man hier zügig zu Lösungen und Möglichkeiten kommt, damit draussen etwas geht und es nicht nur Ideen sind. Vieles ist bereits da, man muss es einfach richtig deklarieren. Wovor die SVP-Fraktion Angst hat, ist, dass die Kosten plötzlich höher werden und das Ganze die Stadt viel Geld kosten wird. Sie hofft, dass man hier eine schöne und nicht allzu teure Lösung findet. Schliesslich spricht man immer wieder vom Sparen. Die SVP dankt allen Beteiligten, die viel Zeit und Nerven investiert haben, für ihre Arbeit und hofft auf gutes Gelingen.

- 2.4 Sandra Sieber, Ersatz-Gemeinderätin, erklärt, dass sie als Mitglied der Jugendkommission auch miterlebt hat, wie der ganze Prozess mit Vanessa Meury abgelaufen ist. Es war eine sehr speditive und konstruktive Arbeit. Sie war sehr beeindruckt, wie gut man die Probleme mit allen Beteiligten an einem Tisch lösen konnte. Das Leitbild ist ein Fahrplan. Dieser wurde aufs Papier gebracht, wird nun umgesetzt und ab jetzt geht man in diese Richtung. Das ist in relativ kurzer Zeit passiert. Die Stadt Grenchen ist die zweite Gemeinde im Kanton, die das Unicef-Label hat. Das ist etwas, das man sich auf die Fahne schreiben kann. Es kann in den Medien, u.a. im Stadtanzeiger sichtbar gemacht werden. Man kann wirklich sagen, dass das im Kanton Solothurn nicht so viel vorkommt. Die Kommunikation ist sicher das Nächste, das wichtig sein wird, d.h., dass man einen direkten Weg hat und die Leitgedanken umsetzen kann. Dass die Jugendkommission hier das Bindeglied zur Stadt war, möchte sie unterstreichen. Als Bindeglied ist es vielleicht auch schwieriger, die Stadt, die Jugend und die Kinder gut vertreten zu können. Der Dank der FDP-Fraktion geht an Vanessa Meury für ihre Arbeit als Präsidentin und an alle Beteiligte. Die FDP unterstützt das Leitbild vollumfänglich.
- 2.5 Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, bedankt sich seitens glp, aber auch als Familienvater bei der Jugendkommission für ihre Arbeit. Die glp wird das Label und das Leitbild so unterstützen.
- 2.6 Gemeinderätin Angela Kummer dankt auch ihrerseits Vanessa Meury und der Jugendkommission. Es ist gigantisch, was hier von allen Beteiligten für eine Arbeit geleistet wurde. Sie möchte in dieser Lobhudelei doch noch etwas kritischer werden. Einen Punkt betreffend Sparen und allfällige Kosten möchte sie noch hervorheben: Sie hat ganz schwer den Eindruck, dass, wenn man auf der Schiene „Leben und Wohnen“ arbeitet und dort gewisse Sachen jetzt noch konkretisiert, dies gar nicht viel kosten muss. Man sieht es auch im Zwischenbericht, dass vieles gemacht wurde und auf Kurs ist. Kritischerweise muss man sagen, dass es Diverses gibt, das noch nicht unmittelbar gemacht werden konnte, z.B. dass man bezüglich Vernetzung Frühe Förderung die Teamplayer wieder zusammennimmt. Das kostet gar nichts. Hier muss man nur alle an einen Tisch holen und schauen, ob es hier noch etwas braucht. Es ist ganz wichtig, dass man das ernstnimmt. Man muss nicht viele neue Ideen generieren, sondern sollte schauen, dass das, was eigentlich schon in der Pipeline ist und von den Kindern und Jugendlichen gewünscht wird, weiterverfolgt wird. Sie möchte gerne hören, was alles in den Schülerräten zur Sprache gebracht wurde. Vielleicht gäbe es dort etwas, das man konkret anschauen müsste. Klar kann es sein, dass es vereinzelt um eine Infrastruktur oder einen Raum (z.B. für ein Jugendcafé) gehen könnte. Sie glaubt, dass man jetzt Schritt für Schritt vorgehen und konkretere Ziele formulieren muss. Dann kommt das gut für die nächsten Jahre.

- 2.7. Mike Brotschi, Projektleiter KSF, bezieht sich auf Ziff. 2.6.3 der Vorlage, wo die Kosten von CHF 5'500.00 für die Rezertifizierung erwähnt sind. Hier hat er bei der Anlauf- und Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendfragen bereits deponiert, dass man gerne profitieren möchte. Denn im Moment unterstützt der Kanton alle Gemeinden, die sich zertifizieren lassen möchten, mit einem schönen Betrag. Das hat der Kanton früher leider nicht gemacht. Die Stadt Grenchen hat damals CHF 10'000.00 vom „Bettagsfranken“ erhalten, womit der Kanton auch einen kleinen Beitrag an die Gesamtkosten geleistet hat. Man ist hier dran und wird den Kanton darum bitten, die Kosten für die Rezertifizierung zu übernehmen.
- 2.8 Vanessa Meury dankt für die kritischen, aber auch lobenden Bemerkungen. Man hat sich in der Jugendkommission Mühe geben, alle Wünsche der Kinder und Jugendlichen zu berücksichtigen. Die Schülerräte, die man besucht hat, haben gezeigt, dass die Kinder und Jugendlichen mithelfen möchten und Wünsche und Anregungen haben. Aufgrund des Leitbilds wird versucht, das aufzunehmen und dann umzusetzen.
Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass es in einem Beschluss keine Verweise haben sollte. Ziff. 4.1 ist wie folgt zu formulieren:

Das Leitbild für Kinder- und Jugendpolitik der Stadt Grenchen lautet wie folgt:

Die Stadt Grenchen prüft interdisziplinär bei allen anstehenden Projekten die Anforderungen und Bedürfnisse der Kinder/Jugendlichen und berücksichtigt diese bei der Lösungsfindung in Koordination mit der Jugendkommission (im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten).

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Leitbild für Kinder- und Jugendpolitik der Stadt Grenchen lautet wie folgt:
Die Stadt Grenchen prüft interdisziplinär bei allen anstehenden Projekten die Anforderungen und Bedürfnisse der Kinder/Jugendlichen und berücksichtigt diese bei der Lösungsfindung in Koordination mit der Jugendkommission (im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten).
- 4.2 Der Zwischenbericht und die Roadmap für die Rezertifizierung als UNICEF „Kinderfreundliche Gemeinde« wird zur Kenntnis genommen.

Vollzug: KSF; JUKO

JUKO
KSF

3.5.1 / acs

Lindenhaus: Bericht zur offenen Jugendarbeit / Midnight Sports 2020

Vorlage: JUKO/24.05.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Vanessa Meury, Präsidentin Jugendkommission, blieben auch das Lindenhaus und die ISG von der Corona-Situation nicht verschont. Es war ein herausforderndes Jahr für alle Beteiligten. Im Frühjahr musste das Lindenhaus für zirka zwei Monate schliessen, weshalb ein Besucherrückgang von 17 % zu verzeichnen ist. Nach der Öffnung wurde ein Schutzkonzept in Zusammenarbeit mit den Behörden erarbeitet, um die Türen wieder öffnen zu können. Während des Lockdowns wurde die Zeit genutzt, um am Gesamtbild des Vereins zu arbeiten und mit einem neuen, frischen und modernen Auftritt zu starten. Als die Sommerferien 2020 kamen und ein Reiseverbot ausgesprochen wurde, hat sich das Lindenhaus nach Absprache mit der Stadt dazu bereit erklärt, über diese Zeit ausnahmsweise das Lindenhaus offen zu halten, damit den Jugendlichen ein Treffpunkt geboten werden konnte. Trotz der Herausforderungen durch die Massnahmen des Bundes hat das Lindenhaus versucht, das Positive daraus zu ziehen, und sich stets neuen Ideen gewidmet und damit auch den Horizont der Möglichkeiten erweitert.

Auch das Midnight Grenchen war durch die Situation eingeschränkt. Von Anfang März bis Anfang September 2020 mussten es die Türen schliessen. Dank Schutzkonzept und leichten Anpassungen konnten die Anlässe dann wieder stattfinden und wurden im nationalen Verhältnis stark besucht.

Die Quartierspielplätze (Lingeriz, Schmelzi und Lerchen) hatten ebenfalls einen verschobenen Saisonstart. Trotzdem wurden die Anlässe an den Nachmittagen ab Mitte Juni 2020 wieder sehr gut besucht. Erfreulich ist, dass der Robinsonspielplatz, neu Erlebnisspielplatz, seinen Platz an der Lindenstrasse gefunden hat und voraussichtlich im Sommer diesen Jahres eröffnet wird.

Die Jugendkommission bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit der ISG und dem Lindenhaus. Viele Projekte wurden vorwärts getrieben und einige Veränderungen begleitet. Es ist sehr wertvoll, in solchen Krisenzeiten sehr gute Teammitglieder zu haben, welche das Unmögliche möglich machen. Vielen herzlichen Dank!

- 1.2 Gemäss Matthias Meier-Moreno, Co-Präsident ISG Lindenhaus, hat Vanessa Meury ein sehr gutes Bild der Situation abgeliefert. Das Lindenhaus wurde effektiv nicht von Corona verschont und ein wenig durchgeschüttelt. Die Leiterin des Lindenhauses, Tamara Moser, ist heute anwesend und kann Auskunft geben, falls es Fragen gibt.

Das Lindenhaus-Team hat gezeigt und bewiesen, dass man sich etwas überlegen und machen kann. Es wurde dabei von Polizeikommandant Christian Ambühl unterstützt, der Möglichkeiten erlaubt hat, um den Betrieb einigermaßen aufrechterhalten zu können. Es war eine Freude zu sehen, wie die Kinder und Jugendlichen wieder kamen. Man hatte zuerst Angst, dass, wenn man das Haus zwei Monate schliessen muss, plötzlich niemand mehr kommt. Das hat man geschafft, die Mitarbeitenden haben sich wirklich auf allen Ebenen Mühe gegeben. Auch digital haben sie sich schlau gemacht und probiert, mit den Jugendlichen im Kontakt zu bleiben. Das war sehr wichtig. Man hat gespürt, dass die Jugend etwas gelitten hat und das Ganze sie noch längere Zeit verfolgen wird. Die Spielplätze konnten leicht verspätet wieder öffnen. Auch hier konnte man ein Angebot sicherstellen. Er würde noch nicht sagen, dass man in den normalen Zustand zurückgekehrt ist, aber man ist auf gutem Weg. Er dankt dem Vorstand und den Mitarbeitenden für die Unterstützung in der nicht ganz einfachen Zeit.

1.3 Stadtpräsident François Scheidegger dankt für die gute Zusammenarbeit.

2 Eintreten

2.1 Gemeinderat Peter Brotschi schliesst sich dem Dank an alle Beteiligten an. Das Jugendhaus und die Spielplätze sind sehr wichtige Institutionen in dieser Stadt. Er gehört zur Generation, die als Jugendliche vom neu gegründeten Jugendhaus profitieren konnte. Das war damals ein Treffpunkt und wichtig in der Jugendphase. Es ist schade, dass das Angebot in den Sommerferien 2020 nicht so Anklang fand. Auch hier herzlichen Dank für den Spezialeinsatz. Es ist gut, wenn das Jugendhaus auch von Externen wieder besucht resp. genutzt wird. Er nahm dort auch schon an Generalversammlungen teil. Es ist eine Infrastruktur, die sich sehr gut für mittelgrosse Gruppen eignet. Die Ästhetik der Stadt liegt ihm sehr am Herzen. Er macht deshalb darauf aufmerksam, dass das Jugendhaus wahrscheinlich irgendein Facelifting (vor allem aussen) in nicht allzu ferner Zukunft nötig haben wird. Die Institution wäre das wert, insbesondere dann, wenn die Lindenstrasse auch irgendeinmal aufgewertet wird. Es wäre gut, das auch in den Fokus zu nehmen.

2.2 Gemeinderätin Angela Kummer dankt namens der SP-Fraktion ebenfalls allen Beteiligten herzlich für ihre Arbeit. Es ist gigantisch, wie das Lindenhaus-Team mit der Situation umging, wie die Mitarbeitenden sich via Instagram und via Bastelprojekte, die sie nach Hause brachten, Mühe gaben, den Jugendlichen in dieser wirklich schwierigen Situation eine Unterstützung zu bieten. Sie findet es auch schön, dass Leute aus der Stadtverwaltung (u.a. die Polizei und der Polizeikommandant) vielleicht auch ein Auge zugedrückt haben, damit ganz viel möglich war und es keine Probleme gab. Die Nachwehen, die sich in den Besucherzahlen zeigen, sind keine riesige Geschichte. Darum an dieser Stelle ein grosses Merci an alle. Man hat wirklich gesehen, wie wichtig das ist. Betreffend Midnight Sports war erfreulich, dass dort sehr schnell wieder hochgefahren werden konnte. Es ist ein wichtiges Angebot, das sich etabliert hat. Bei den ISG Spielplätzen wurde schon letztes Jahr moniert, dass man mit dem Erlebnisspielplatz vorwärts machen soll. Sie hofft, dass man jetzt endlich den Rank findet. Sie glaubt fest daran, aber es war schon schwierig, weil nicht von Anfang an ein Konzept vorlag. Es ist wichtig, dass die Stadt sprich die Jugendkommission hier ein klares Commitment abgibt. Man sollte nicht feilschen, wie viel das Material kostet, sondern es wie bei anderen Investitionen handhaben, indem man einen bestimmten Betrag zur Verfügung stellt, mit dem eine Betreuung gesucht werden muss, und dann muss das nachher auch klappen.

Angela Kummer hätte sich sehr gewünscht, dass der Erlebnisspielplatz schon dieses Jahr hätte Fahrt aufnehmen können. Jetzt wird es sicher Herbst. Das dünkt sie sehr schade, aber wenn dabei etwas Gutes herauskommt und es eine gute Lösung gibt, ist eine Verzögerung von zwei, drei Monaten auch nicht tragisch. Wenn man die Zahlen der Spielplätze anschaut, ist es wichtig, dass man die Freiwilligen in den Quartiersspielplätzen stärkt. Sie hat auch gehört, dass es Vakanzten im ISG Spielplätze-Vorstand gibt. Hier wäre es gut, wenn man eine bestimmte Offenheit für neue Leute hätte, die gerne mitmachen möchten, und man Sponsorengelder und weitere Freiwillige, die sich engagieren möchten, suchen würde. Das ist auf den Spielplätzen in den Quartieren draussen genauso wichtig wie auf dem Erlebnisspielplatz.

- 2.3 Gemeinderat Fabian Affolter geht nicht mehr auf das Thema Corona ein. Er mag es nicht mehr hören. Betreffend Corona hat sich die SVP-Fraktion noch gefragt, ob man beim Kanton wegen der vorübergehenden Schliessungen und der ausgefallenen Anlässe Geld holen konnte. Wenn ja, was ist dabei herausgekommen? Wenn man es nicht gemacht hat, war es, weil es keine Möglichkeit gab oder man es vergessen hat? Die SVP dankt allen, die viel Zeit in dieser nicht einfachen Situation investiert haben und sich aufgrund der Umstände etwas haben einfallen lassen müssen, um trotzdem an die Jugendlichen heranzukommen, was sicher nicht einfach war. Die SVP spricht allen Beteiligten und Freiwilligen ihren Dank für ihre Arbeit aus.
- 2.4 Sandra Sieber, Ersatz-Gemeinderätin, erklärt, dass sich auch die FDP-Fraktion mit dem Bericht ISG beschäftigt hat. Dieser zeigt eine grosse Professionalität und ein grosses Interesse für die Jugend auf. Man sieht, dass sich die verschiedenen Beteiligten am Finden sind. Hier ist man auf einem guten Weg. Es ist wichtig, dass man sich neben dem Jugend- und Kinderzentrum und der Liegenschaft Lindenhaus auch Gedanken über die Lindenstrasse macht und das Ganze in einem grösseren Zusammenhang sieht. Es ist leider nicht so einfach, Kantonsgelder zu erhalten. Sie nimmt an, dass man, da das Jugendzentrum ein Veranstaltungsort ist, nicht Geld holen kann. Dass die Jugendlichen nach der Wiedereröffnung wieder so zahlreich erschienen sind, zeugt davon, dass das Team die Sympathie der Jugendlichen hat und dessen Arbeit bei ihnen ankommt. Die FDP ist sehr positiv gegenüber der ISG Grenchen eingestellt.
- 2.5 Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, schliesst sich dem Dank für die Arbeit an. Das Thema der Kosten wurde auch in der glp diskutiert. Die ISG Grenchen ist ein Verein. Die glp hat sich gefragt, ob es neben den regulären Unterstützungen noch andere Möglichkeiten gäbe, an Gelder zu kommen. Es muss nicht zwingend der Kanton sein. Die glp bedankt sich für die Aufwände, sie hatte Freude daran, wie man in einer schwierigen Zeit verschiedene Sachen ausprobiert hat, um an die Jugendlichen heranzukommen.
- 2.6 Alexander Kaufmann bezieht sich auf das Votum von Peter Brotschi bezüglich des Faceliftings. Gibt es ein Projekt, dass die Fassade und andere Sachen gereinigt werden? Es ist langsam bedenklich, wenn man das anschaut. Man könnte meinen, dass das „Mooswichteli“ drin ist, weil es so viel Moos auf dem Dach hat. Gibt es hier Bemühungen?
- 2.6.1 Für Angela Kummer ist Moos zwar auch sehr schön. Es ist naturbelassen. Es wäre aber durchaus eine prüfungswerte Idee, zumal nächstes Jahr das 50-Jahr-Jubiläum stattfindet. Das fände sie eine gute Möglichkeit. Hier ist man auch in Vorbereitungen und möchte eine grössere Aktion (grösseres Open-House-Fest) durchführen. Es wäre toll, wenn es bis dahin realisiert werden könnte.

- 2.6.2 François Scheidegger nimmt das so entgegen.
- 2.6.3 Aquil Briggen weiss, dass ein Projekt am Laufen ist, dabei geht es aber nicht um das Moos auf dem Dach.
- 2.6.4 Gemäss François Scheidegger handelt es sich um ein Eternitdach. Er weiss nicht, inwieweit dies problematisch sein könnte.
- 2.7 François Scheidegger äussert sich noch zur Kritik von Angela Kummer bezüglich des Erlebnisspielplatzes resp. des ganzen Ablaufs. Sie weiss, wo das Problem liegt. Es liegt nicht bei der Jugendkommission und der Verwaltung. Es ist eine ärgerliche Geschichte. Er hat sich deswegen auch schon geärgert. Letztlich muss man mit den Leuten arbeiten, die man hat. Er ist froh, dass man jetzt endlich dort angekommen ist, wohin man wollte. Er hätte sich das auch anders gewünscht. Er fand auch, dass es eigentlich nicht nötig gewesen wäre.
- 2.8 Matthias Meier-Moreno weist darauf hin, dass die ISG die Möglichkeit, Gelder beim Kanton abzuholen, angeschaut hat. Aber die Leute waren praktisch gar nie ohne Job da, sie haben immer gearbeitet, entweder von Zuhause aus oder vor Ort im Büro ohne Kinder und Jugendliche. Sie hatten Aufträge, sie haben archiviert und gewisse Sachen vorangetrieben. Man wäre auch nicht durchgekommen, wenn man einen Antrag gestellt hätte, weil man faktisch immer gearbeitet hat. Man hat es geprüft, aber weil man ein Verein ist, welcher der Stadt unterstellt ist, war die Chance sehr klein. Man war der Meinung, dass es nichts bringt, einen umfangreichen Antrag zu stellen. Es wäre ein riesiger Aufwand gewesen und herausgeschaut hätte nichts.
- 2.8.1 François Scheidegger meint, dass man das abgeklärt hat. Auch betreffend das städtische Personal wurde geprüft, ob es Möglichkeiten gibt, etwas zu erhalten. Das wurde abgelehnt. Man konnte es zum Teil dadurch auffangen, dass die Leute anders eingesetzt wurden (das Leiterpaar Prägely z.B. half im Stadthaus aus).

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Vom Rechnungsbericht und vom Controllingbericht „Offene Jugendarbeit Lindenhaus 2020“ und Midnight Sports wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Die Arbeit der ISG und der Jugendkommission wird verdankt.

Vollzug: KZL

JUKO

Mike Brotschi, Projektleiter KSF

ISG Lindenhaus, Herr Matthias Meier-Moreno, Zelgweg 3A, 2540 Grenchen

ISG Spielplätze, Frau Chantal Heusser, Tannhofstr. 41, 2540 Grenchen

SV

SDOL

Stapo 3.5.6 / acs

Kreditüberschreitungen 2020: Zuständigkeit Schulverwaltung

Vorlage: SV/26.03.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi ist sich bewusst, dass die Kreditüberschreitungen in der Höhe von 736'842.50 ein stolzer Betrag sind. Die Zahlen haben auch bei den Schulen keine Freude ausgelöst. Generell ist zu sagen, dass sie angehalten sind, defensiv zu budgetieren. Betreffend die Löhne hat man diesen Grundsatz (zu) ernst genommen und - nachdem man im Rechnungs-/Budget-Vorjahresvergleich 2018 resp. 2019 CHF 747'7870.00 im „Plus“ war, wurden die Zahlen entsprechend angepasst. Wären man nicht so vorgegangen, stünden man jetzt gut da.

Ein Fehler ist der Verwaltung dahingehend unterlaufen, dass man die Stufenanstiege (Erhöhungen Erfahrungsstufen) zu wenig berücksichtigt wurden. Diese betragen (ca.):

2020 für den Kindergarten:	CHF 65'000.00
2020 für die Primarschule:	CHF 214'000.00
2020 für die Sek I	CHF 91'000.00

Zusätzliche Inhalte im Bereich Kindergarten:

Schwangerschaft	CHF 9'997.00 (80% Mutterschaftsentschädigung)
Krankheit	CHF 33'532.00
Corona	CHF 14'099.00 (diverse Stellvertretungen)
Anstieg DaZ (mehr Kinder)	CHF auf die Schnelle nicht bezifferbar
Zusätzliche Förderlektionen (mehr Kinder)	CHF auf die Schnelle nicht bezifferbar
Urlaube	CHF 30'337.00

Zusätzliche Inhalte im Bereich Primarschule:

Schwangerschaft	CHF 73'028.00 (80% Mutterschaftsentschädigung)
Krankheit	CHF 217'270.00
Corona	CHF 42'599.00 (diverse Stellvertretungen)
Pensum Kl. für Fremdspr. (mehr Kinder)	CHF auf die Schnelle nicht bezifferbar
Zusätzliche Förderlektionen (mehr Kinder)	CHF auf die Schnelle nicht bezifferbar
Urlaube	CHF 153'135.00

Zusätzliche Inhalte im Bereich Sek I:

Schwangerschaft	CHF	0.00
Krankheit	CHF	18'197.00
Corona	CHF	8'283.00 (diverse Stellvertretungen)
Urlaube	CHF	14'489.00

Zusätzliche Corona-bedingte Kosten entstanden durch Arztzeugnisse, welche bei vorhandener Schwangerschaft eine Unterrichtstätigkeit untersagten. Betroffene erledigten im Homeoffice schulisch definierte Arbeiten.

Gemäss KR-Beschluss werden Corona bedingte Stellvertretungen vom Kanton übernommen. Die entsprechend definierten Stellvertretungskosten werden in einer Liste geführt. Zusammen mit der auf Mitte August 2021 terminierten Eingabe für die Berechnung des Staatsbeitrages erwartet der Kanton die entsprechenden Angaben. 2020 resultierten in Grenchen Corona-bedingte Kosten von CHF 77'573.00 (inkl. Oberstufe).

Nebst den erwähnten Stellvertretungen musste Zusatzmaterial mit einer Kostenfolge von zirka CHF 50'000.00 zur Verfügung gestellt werden (Seife, Desinfektionsmittel, Masken etc.) (Verbuchung via Materialkonto bei der Hauswartung).

Gemäss Rückfrage beim Kanton kann man bei den anerkannten Stellvertretungen mit einem Beitrag von 38 % rechnen.

Corona-bedingte Stellvertretungen im Kindergarten und in der Sekundarschule sind in anderen Konti festgehalten, welche 2020 in der Budgetnorm liegen und deshalb nicht thematisiert werden müssen.

Dauert eine Stellvertretung länger als 19 Wochen, muss eine Person gemäss GAV rückwirkend befristet angestellt werden (Vorteil für die Arbeitnehmenden: die Ferien werden bezahlt). Dabei variieren die Kosten stark (unterschiedliche Lohnklassen/Erfahrungsstufen).

Zusatzkosten verursachten Lehrpersonen, welche durch das Erreichen von Ausbildungsabschlüssen in höhere Lohnklassen gelangen. In diesen Genuss kamen ca. 5 Lehrpersonen (kommt vor allem bei Mangel an Stellensuchenden zum Tragen). Zusatzkosten für die Stadt: ca. CHF 60'000.00.

Zusammenfassung:

Total über Budget		CHF 736'842.00
Stufenanstiege KG	CHF	65'000.00
Schwangerschaft KG	CHF	9'997.00
Krankheit KG	CHF	33'532.00
Corona KG	CHF	14'099.00
Stufenanstiege PS	CHF	214'000.00
Schwangerschaft PS	CHF	73'028.00
Krankheit PS	CHF	217'270.00
Corona PS	CHF	42'599.00
Weiterbildung PS	CHF	20'000.00
Stufenanstiege Sek I	CHF	91'000.00
Krankheit Sek I	CHF	18'179.00
Corona Sek I	CHF	8'283.00
Total Unvorhergesehenes		CHF 806'987.00

- 1.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger kann man bei diesem Geschäft als Kritikpunkt anführen, dass die entsprechenden Nachtragskredite nicht im richtigen Zeitpunkt eingeholt wurden.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Richard Aschberger erklärt, dass die Fragen, die Hubert Bläsi jetzt beantwortet hat, von Gemeinderätin Nicole Hirt und ihm stammten. Es wäre schön, wenn die Nachtragskredite der Verwaltung von Anfang an so transparent ausgestaltet wären, dass man auf den ersten Blick sieht, was Corona-bedingt und was betriebsbedingt ist, damit man einfacher durchsieht. Die Stufenanstiege allein verursachen Kosten von CHF 370'000.00 pro Jahr. Personen, die einen Stufenanstieg erhalten, werden auch nicht mehr zurückgestuft. Es sind zusätzliche Lohnkosten, die nachher zu Fixkosten werden. Das sind grosse Beträge, die jedes Jahr so weitergehen. Man hätte gerne, dass es jeweils sauber ausgedeutet wird. Die SVP-Fraktion wird hier zähneknirschend zustimmen müssen. Es ist ein gewaltiger Betrag - immerhin über CHF 700'000.00 - den man jetzt schnell in 10 Minuten durchwinkt. Ein wenig mehr Informationen muss man einfach haben. Das geht nicht anders.
- 2.2 Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, hat ebenfalls Kenntnis vom Mail mit den Antworten, das ihm Nicole Mail weitergeleitet hat. Er kann sich dem Votum seines Vorredners anschliessen. In der Beantwortung ist viel besser aufgeschlüsselt, was genau gelaufen ist. In der Vorlage ist nicht einmal der beantragte Gesamtbetrag aufgeführt. Das ist schade. Es ist klar, dass viele Sachen Corona-bedingt und dementsprechend nicht budgetiert waren. In Zukunft müsste man es so darstellen, dass man die Gesamtbeträge und die Aufschlüsselung besser sieht. Dann ist auch das Verständnis grösser. Die glp wird dem Geschäft zähneknirschend zustimmen.
- 2.3 Gemeinderat Alexander Kaufmann bemerkt, dass sich auch die SP-Fraktion mit der Vorlage auseinandergesetzt und Fragen gestellt hat. Diese wurden jetzt von Hubert Bläsi beantwortet. Es ist nie schön, wenn man so viel Geld mit einem Nachtragskredit beantragen muss. Er hat noch eine Frage: Der bereits bewilligte Nachtragskredit von CHF 9'720.00 bei der Primarschule (Löhne der Lehrpersonen) ist ein kleiner Betrag. Was beinhaltet er genau?
- 2.3.1 Hubert Bläsi erklärt, dass der Nachtragskredit 2020 für eine Schulassistentin war, weil eine übergrosse Klasse entstand und man eine Partnerlehrkraft zur Verfügung stellen musste. Das wusste man und deshalb wurde der Nachtragskredit rechtzeitig beantragt. Die anderen Zahlen laufen im System. Man sieht, wenn es so überschiesst, erst am Schluss ganz klar, was genau gelaufen ist.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

Folgende Kreditüberschreitungen zu Lasten ER 2020 werden bewilligt:

4.1	2110.3020.00	KG, Löhne der Lehrpersonen	CHF 234'779.00
4.2	2120.3020.00	PS, Löhne der Lehrpersonen	CHF 146'472.25
4.3	2120.3020.10	PS, Löhne Stellvertretungen	CHF 211'917.00
4.4	2130.3020.00	OS, Löhne der Lehrpersonen	CHF 143'674.25

Vollzug: FV

SV
FV

9.2.1.2 / acs

Kreditüberschreitungen 2020: Zuständigkeit Finanzverwaltung

Vorlage: F,I + EWD/22.03.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Finanzverwalter David Baumgartner erklärt vorab, dass die Vorlage dem Gemeinderat bereits im Mai 2021 hätte unterbreitet werden müssen. Aufgrund eines internen Kommunikationsproblems ist dies unters Eis geraten, wofür er sich entschuldigt. Er erläutert kurz die zwei Kreditüberschreitungen und gibt ergänzende Erläuterungen.

1.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger hat der Gemeinderat den Kreditüberschreitungen mit der Rechnung bereits implizit zugestimmt.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

Folgende Kreditüberschreitungen zu Lasten ER 2020 werden genehmigt:

4.1 0212.3611.41 Bezugsprovisionen KSTA CHF 113'774.22

4.2 0212.3611.42 Bezugsprovisionen SSL CHF 72'194.57

Vollzug: FV

FV

9.2.1.2 / acs

Motion Fraktion CVP: Neu-/Ersatzbeschaffung gemeindeeigene Fahrzeuge nur noch mit alternativer Antriebstechnik: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/28.05.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion von der Baudirektion und den Sicherheits- und Bereitschaftsdiensten in Koordination mit der Finanzverwaltung schriftlich beantwortet. Es wird beantragt, die Motion als Postulat erheblich zu erklären.

1.2 Die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Peter Brotschi, dankt für die Beantwortung der Motion mit den verschiedenen Stellungnahmen. Es ist gut, wenn man das von jetzt an im Hinterkopf hat. Das ist mit dem Postulat erfüllt. Es geht der CVP vor allem um Autos, die eine hohe Kilometerleistung haben. Ob jetzt ein Feuerwehrfahrzeug elektrifiziert ist oder nicht, spielt nicht so eine grosse Rolle. Er hat einen Kollegen, der einen Arbeitsweg von 120km hat, welcher langsam ein schlechtes Gewissen bekommt, 240km pro Tag mit konventionellem Antrieb zu fahren. Bei Pendlern, die lange Strecken hinter sich legen, ist der Kauf eines Autos mit alternativer Antriebstechnik eine sinnvolle Angelegenheit. Geht es um Kurzstrecken - er weiss, nicht, wie viel ein Feuerwehrfahrzeug macht - ist so ein Fahrzeug auf der Prioritätenlisten ziemlich weit hinten. Er kann sich vorstellen, dass z.B. ein Springerauto der Baudirektion, aber auch die Fahrzeuge der Stadtpolizei viele Kilometer generieren. Die Intention ist, jeweils bei solchen Fahrzeugen eine Prüfung durchzuführen.

1.3 François Scheidegger stellt fest, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde. Es kommt tatsächlich darauf an, was das für Fahrzeuge sind. Bei Fahrzeugen mit einer niedrigen Kilometerleistung wie z.B. den Feuerwehrfahrzeugen ist eher das Problem, dass sie zu wenige Kilometer fahren und man zwischendurch die Räder bewegen sollte. Beim Werkhof muss man auch ein wenig differenzieren. Er könnte sich gut vorstellen, dass bei Kehrlichfahrzeugen, die viel in Wohngebieten unterwegs sind, ein Elektroantrieb sinnvoll sein könnte. Das hat man auch schon angeschaut. Sie sind einfach von den Kosten her nicht konkurrenzfähig. Letztlich ist es ein politischer Entscheid, so ein Fahrzeug anzuschaffen.

1.4 Stadtbaumeister Aquil Brigglen gibt noch ergänzende Erläuterungen zur Vorlage.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Wie Gemeinderat Daniel Hafner ausführt, wurde die Geschichte mit dem Kosten-Nutzen-Faktor auch in der SP-Fraktion diskutiert. Hier sind zwei Punkte entscheidend: Die Stadt sollte mit gutem Beispiel vorangehen und so oft wie möglich auf CO2-neutrale Fahrzeuge umsteigen. Es ist aber klar, dass die Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt werden muss. Wenn man die Entwicklung des Klimas anschaut, weiss man, dass die Wissenschaft zu wenig prognostiziert hat, d.h. die Temperaturen haben sich global stärker erhöht. Wenn es so weiter geht, werden die neusten Prognosen der Wissenschaft sicher eintreffen und dann wird die Kosten-Nutzen-Analyse eine ganz andere sein. Wenn man jetzt die Möglichkeit hat, die Geschichte mit Massnahmen abzuwenden bzw. zu vermindern, muss man bei der Kosten-Nutzen-Analyse aufpassen, weil es vermutlich teurer wird, wenn die entsprechenden Geschichten eintreffen. Er findet es gut, wenn die Baudirektion hier Überlegungen anstellt. Es ist im Sinne der SP, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird, um dann entsprechend effizient entscheiden zu können. Es ist richtig, dass Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge nicht prioritär und CO2-neutral sind, aber bei allen anderen Fahrzeugen muss es genau geprüft werden.
- 3.2 Gemäss Gemeinderat Ivo von Büren ist das Problem der Elektrofahrzeuge bei den Nutzfahrzeugen Folgendes: Bei einem Feuerwehrfahrzeug oder einem Lastwagen, der einen Kran betreibt, verschlingen die Nebenantriebe extrem viel Energie. Es hätte niemand Freude, wenn man bei einem Hausbrand keinen Strom mehr hätte und das Fahrzeuge wechseln müsste. Hier würde niemand in die Hände klatschen. Er hätte einen anderen Vorschlag: Fahren die Postulaten und die Befürworter des Postulats, die das Gefühl haben, dass die Stadt hier ins Portemonnaie greifen soll, elektrische Autos? Wenn er so in die Rund schaut, sieht er, dass alle ältere Wagen haben und Umweltsünder und SUV fahren. Es wäre an der Zeit, dass die GR-Mitglieder als gutes Vorbild vorangehen und elektrische Autos kaufen. Er hat solche, er verkauft sie ihnen gerne. Dann können sie mit gutem Gewissen schlafen.
- 3.3 Wie Gemeinderat Konrad Schleiss ausführt, geht es heute bei der Beschaffung eines Fahrzeuges mit alternativer Antriebstechnik nicht nur um die Kosten, sondern auch darum, ökologische Ansprüche zu erfüllen. Er möchte deshalb eine Lebenszyklusanalyse mit Berechnung der Ökobilanz und Lebenszykluskosten. Dann hat man die zwei Aspekte. Betreffend Kompogas fragt er sich, wie lange alternativ als alternativ gelten darf. Kompogas-Tankstellen wurden als Insel-Tankstellen von Biogasanlagen vor 20 Jahren aufgebaut und etwa vor 10 Jahren eingestellt. Die Lebenszyklusanalyse hat gezeigt, dass sie sehr hohe Treibhausgas-Emissionen hatten. Für ihn ist Kompogas deshalb kein gutes Beispiel für einen alternativen Antrieb. Wenn schon sollte man saubere Antriebe fördern. Man kann als Stadt nicht alle Anfangsschwächen und Kinderkrankheiten ausmerzen. Hier haben andere mehr Geld dafür. Man sollte etwas nehmen, wo erwiesen ist, dass es gut funktioniert. Man muss nicht die Ersten sein. Das können nur die sein, die sich das auch leisten können.
- 3.4 Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, erklärt, dass die gIp die Motion begrüsst, die genau auf ihrer Wellenlinie ist. Sie könnte sich vorstellen, dass die Stadt hier eine Vorbildrolle einnimmt, sich dort entsprechend einsetzt und solche Fahrzeuge, wo möglich und sinnvoll, anschafft. Ein Feuerwehrfahrzeug muss sicher nicht als 1. Priorität elektrisch sein. Es wäre auch nicht lustig, wenn man damit zu nahe an einen Brandherd fahren würde. Das Ziel sollte sein, dass man sich als Stadt auf Fahrzeuge mit erneuerbaren Energien fokussiert und solche beschafft.

- Es dürfen nicht nur die Anschaffungskosten anschauen werden, sondern es müssen auch die Kosten für ganze Zeit, wo das Fahrzeug verwendet wird, analysiert werden. Wenn die Stadt dort, wo es sinnvoll ist, solche Fahrzeuge anschafft, hat das sicher eine Vorbildfunktion und wird positiv in der Bevölkerung wahrgenommen. Für die glp ist aber sicher nicht die Idee, dass man gasbetriebene Fahrzeuge anschafft. Wenn man schon wechselt, sollte man es gleich richtig machen und auf erneuerbare Energien setzen.
- 3.5 Peter Brotschi hat einen Fiat 500L, 1.3 Liter Diesel Blue Motion mit 4000km. Er hat ausgerechnet, wie viel der Kraftstoffverbrauch ist (4.5 Liter pro 100km). Er hat tatsächlich evaluiert, ob er ein Elektroauto anschaffen will, dann wurde er sich bewusst, dass er in einem Bau mit Eigentumswohnungen wohnt. Es war nicht möglich, dass Auto einfach in die gemeinschaftliche Einstellhalle zu stellen und auf Kosten der Mitbewohner zu laden. Er hat dann als Journalist das Thema aufgearbeitet und einen Bericht verfasst. Die Einstellhallen werden tatsächlich zu einem grossen Nadelöhr werden. Es gibt z.B. an der Schöneeggstrasse Einstellhallen mit etwa 100 Autos. Wenn dort alle zwischen 17 und 19 Uhr nach Hause kommen und einstecken wollen, gibt das ein gröberes Problem. Im Moment sind nicht alle so privilegiert, dass sie ein Elektroauto kaufen können. Die Infrastruktur muss auch stimmen. Das ist ein Thema für die Politik. Vielleicht könnte man auch im Rahmen der Ortsplanungsrevision Vorschriften prüfen, wonach bei grösseren Überbauungen Installationen vorbereitet werden müssen, damit Autos geladen werden können.
- 3.6 Gemäss Gemeinderat Fabian Affolter tönt das gut, wenn man sagt, dass man ein Elektroauto kaufen will. Aber das Problem ist, woher der Strom kommt. Sein Parteikollege hat vorhin gefragt, wer alles im Rat ein Elektroauto fährt. Er macht das Ganze jetzt noch weiter auf. Wer hat eine Solaranlage? Wer produziert den Strom, den er braucht, selbst? Er steht dazu, dass er es nicht macht. Er hat damit auch kein Problem. Dazu steht er. Wer als Vorbild vorangehen und ein Elektroauto kaufen will, sollte den Strom auch selbst produzieren. Dann sollte man auch noch die entsprechenden Akkus dazu haben. Und schon ist man beim Thema, woher die Akkus und die Produkte für die Akkus stammen. Weiter auf die verschiedenen Einstellungen, was richtig und was falsch ist, einzugehen, sprengt aber in seinen Augen die Diskussion.
- 3.7 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno meint, dass die heutige Diskussion genau aufzeigt, worum es geht und woran es scheitert: Es ist eine Idee im Raum und es wird immer wieder über die Kosten diskutiert. Es wird abgewogen und letztlich scheitert es genau an den Kosten. Es geht den Postulanten darum, dass die Stadt eine Vorreiterrolle einnimmt. Er sieht auch ein, dass die grossen Fahrzeuge nichts bringen, aber bei Transportfahrzeugen und kleineren Fahrzeugen könnte man Vorreiter sein, Erfahrungen sammeln, dort vielleicht mehr Geld einsetzen und nachher einmal auswerten, was es bedeutet. Dann hat man eine gute Auslegeordnung, um damit weiterzufahren oder es auf Eis zu legen. Wenn man nie damit anfängt, kommt man nicht weiter. Der Einzige, der einverstanden wäre, ein Elektrofahrzeug einzusetzen, ist der Polizeikommandant. Dieser weiss, wie der Prozess abläuft: Die Abteilung unterbreitet der Gemeinderatskommission und dem Gemeinderat eine Vorlage mit einer Kostengegenüberstellung. Und für was entscheidet sich die politische Behörde nachher? Für das Auto, das günstiger ist, weil man nicht zu viel Geld ausgeben will. Daran scheitert es einfach.
- 3.8 Gemäss François Scheidegger hat es der Gemeinderat in der Hand.
- 3.9 Die GR-Mitglieder, so Ivo von Büren, sprechen von den Kosten. Er ist einverstanden, dass die Kosten höher sind. Aber wenn doch alle so grün sein wollen, warum übernehmen sie nicht die Vorreiterrolle? Es fährt niemand ein elektrisches Fahrzeug.

Wieso eigentlich nicht? Das ist schon interessant. Es wird Wasser gepredigt und Wein getrunken. Er glaubt ihnen erst, dass sie grün sein wollen, wenn sie selbst solche Autos fahren. Aber nur so zu tun, als ob man grün wäre, weil es modern ist, das zieht bei ihm nicht. Sie sollen selbst die Vorreiterrolle übernehmen und solche Fahrzeuge kaufen.

- 3.10 Patrick Zberg ist mit dem Velo gekommen und wohnt viel weiter weg als Ivo von Büren. Man muss hier aufpassen, dass man nicht das Persönliche mit dem Politischen vermischt, und den Fokus darauf haben, dass sich Stadt in die richtige Richtung entwickelt.
- 3.11 Gemäss Daniel Hafner ist es richtig, dass man als Gemeinderat eine Vorreiterrolle und eine Vorbildrolle hat. Er persönlich nimmt diese wahr. Er kann seinen Parteikollegen nicht die Verantwortung für ihre Lebensweisen abnehmen. Wenn Ivo von Büren mit seinem Fahrzeug herumfährt, was er relativ hemmungslos macht, muss er dafür gerade stehen. Er selbst tut etwas, indem er zu 90 % mit dem Velo unterwegs ist und ca. für CHF 3'000.00 pro Jahr mit dem eigenen Auto fährt. Das sind seine konstruktiven Bemühungen. Wenn Ivo von Büren seine süffisanten Bemerkungen ein wenig in weise und einsichtige Bemerkungen ummodellieren würde, wäre er vielleicht auch noch bereit, mit einem kleinen Beitrag ein Elektrofahrzeug zu bauen oder selbst zu fahren. Dann könnte er sich in Zukunft solche Bemerkungen sparen.
- 3.12 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Vollzug: BD, Sicherheits- und Bereitschaftsdienste, FV

BD
Stapo
Rettungsdienst
ZS
FW
FV

0.9.7 / acs

Geschäftsprüfungskommission (GPK): Pflichtenheft

Vorlage: KZL/15.05.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage zusammen.

1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 „Was lange währt, kommt endlich gut“, meint Gemeinderat Robert Gerber. Die FDP-Fraktion setzte sich schon seit längerem für die Einsetzung einer Geschäftsprüfungskommission ein. Es ist wichtig, dass ein Gemeinwesen in der Grösse, wie dies die Stadt Grenchen mit 18'000 Einwohnerinnen und Einwohnern, mit einem Jahresbudget von über 120 Millionen Franken und einer mehrere hundert Personen umfassenden Verwaltung ist, ein solches Instrument einsetzen kann. Es ist in der Begleitvorlage treffend formuliert. Die GPK ist kein „Wächterrat“, ist kein Untersuchungsausschuss, kein Gericht, keine Beschwerdestelle und auch keine willkürlich agierende Kommission. Die GPK überprüft die Tätigkeit der Exekutive. So steht es unter Punkt 4 (Aufgaben und Kompetenzen) im Entwurf des Pflichtenheftes. Die GPK überprüft und sie befiehlt nicht. Den politischen Parteien kommt eine grosse Verantwortung zu, wenn sie sich an die Auswahl der Kandidierenden für dieses Gremium machen. Personen, welche eine Pike auf einzelne Mitglieder des Gemeinderates, auf einzelne Abteilungen der Stadtverwaltung oder gar auf einzelne städtische Mitarbeitende haben, haben in diesem Gremium nichts zu suchen. Er wiederholt, dass die GPK kein Wächterrat und kein Gremium ist, welches auf Rache aus ist. Erfahrungen in anderen Gemeinden und Städten haben auch gezeigt, dass bei einer nicht günstigen Personalauswahl einer GPK auch die Gefahr besteht, dass sich ein solches Gremium als Schattenregierung aufspielt. Dass gilt es zu vermeiden. Gerade weil die Gemeinden in Sachen Einsetzung und Ausgestaltung einer GPK frei sind, kann der Gemeinderat, sollte es sich nach dem Start zeigen, dass noch etwas nicht ist, wie es sein sollte, das Pflichtenheft jederzeit anpassen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und wird dem Pflichtenheft in der vorliegenden Form zustimmen.

2.2 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno führt aus, dass die CVP-Fraktion das Pflichtenheft genehmigen wird, und dankt Luzia Meister für die geleistete Arbeit. Grundsätzlich ist das Pflichtenheft nur so gut wie die Besetzung der Kommission. Deshalb ist die CVP froh, dass das Anforderungsprofil klar und deutlich deklariert, was die Kommissionsmitglieder tun dürfen und was nicht.

Die GPK ist eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Kommission. Daher muss sie mit den fähigsten Personen bestückt werden. Jetzt hegt die CVP aber die Befürchtung, dass sich nicht genügend Personen im politischen Umfeld mit einem solchen Profil resp. mit genügend zeitlichen Ressourcen finden lassen. Deshalb schlägt sie vor, dass man die Suche ausweitet und ein Inserat schaltet, damit man an die geeigneten Personen herankommt.

- 2.3 Auch die SP-Fraktion, so Alfred Kilchenmann, Ersatz-Gemeinderat, hatte das Gefühl: „Was lange währt, wird endlich gut“. Sie ist auch für Eintreten und kann dem vorliegenden Pflichtenheft zustimmen.
- 2.4 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass auch die SVP-Fraktion die GPK befürwortet. Der letzte Präsident der RPK war Martin Ochsner sel., der das Amt sehr ernst nahm. Das ausgearbeitete Pflichtenheft ist sehr gut und lückenlos. Er kann der Stadtschreiberin dafür ein Kränzchen winden. Es ist eine wichtige Kommission, sie muss neutral fungieren. Seine Sorge ist, dass man Probleme haben wird, die richtigen Leute zu finden, um die Kommission gut zu besetzen. Aber die Vorarbeit ist gemacht. Jetzt wird man weiter sehen.
- 2.5 François Scheidegger findet den Vorschlag gut, ein Inserat für die GPK zu schalten. Das hat man allgemein für die städtischen Kommissionen bereits gemacht, aber noch nicht hinsichtlich der GPK. Wenn der Gemeinderat dies so wünscht, dann wird das so gemacht. Das kann nur positiv sein. Die Parteien sind frei, nachher ebenfalls Nominierungen einzureichen. Der Gemeinderat ist Wahlbehörde. Seine Aufgabe wird es sein, die geeignetsten Personen zu wählen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Pflichtenheft für die Geschäftsprüfungskommission wird genehmigt.
- 4.2 Es tritt sofort in Kraft.
- 4.3 Das Pflichtenheft für den „Ausschuss für Geschäftsprüfung“ von 1994 wird aufgehoben.

Vollzug: Stadtschreiberin, KZL

KZL

0.1.8 / acs

Überparteiliche Motion: Transparentere Gemeinderatskommission und Verwaltung: Antrag an GV

Vorlage: KZL/24.05.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Laut Stadtpräsident François Scheidegger besteht die Möglichkeit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln (das wurde mit E-Mail bereits gemacht) oder noch zurückzuziehen, bis das Geschäft vom zuständigen Gremium behandelt wird.

1.2 Gemäss Gemeinderätin Angela Kummer nimmt der Vorstoss ein Thema auf, das schon länger in unterschiedlichen Details im Raum steht. Je nachdem, wer welchen Hut anhat, sieht man die Situation anders. Sie bedankt sich für die Beantwortung und all die Ausführungen, was inhaltliche und rechtliche Überlegungen anbelangt. Ihr ist wichtig zu erwähnen, dass die GRK ein wenig mehr vorangestellt und die Verwaltung nicht so sehr angegangen wurde. Das ist durchaus auch ein Thema der überparteilichen Motion. Es wurde mit allen Mitunterzeichnenden abgesprochen, dass man die Motion in ein Postulat umwandelt. Man ist schon seit längerem nicht zufrieden. In den letzten Jahren wurde die Bevölkerung auch ein wenig für das Thema Transparenz sensibilisiert. Deshalb wird jetzt auch mehr Transparenz gefordert. Es ist allen bewusst, dass man nicht alles veröffentlichen kann und die Themen entsprechend dem Daten- und Personenschutz anschauen muss. Man hat schon diverse Male darüber diskutiert und gemerkt, dass man weder mit der Verwaltung noch mit dem Gemeinderat weiterkommt. Deshalb ist das ein GV-Postulat, um von dieser Seite her ein klares Statement zu erhalten. Sie geht davon aus, dass dies so sein wird und man schon im Kleinen Anpassungen wird machen können. Sie möchte diese Geschichte nicht mit der grundlegenden Diskussion über die Gemeindeorganisation vermischen. Das hat in ihren Augen gar nicht so viel miteinander zu tun. Es geht hier gar nicht so sehr um rechtliche Erüberlegungen, sondern um die Informationspraxis sprich man muss gar nichts ändern. Wenn man möchte, dann könnte man. Sie möchte vor allem auf einen der drei Anträge, die das Postulat beinhaltet, noch konkreter eingehen, nämlich auf die rollende Geschäftsplanung. Es ist nicht die Idee, einfach regelmässig eine Liste mit den hängigen und aktuellen Vorstössen zu erhalten, sondern auch mit Geschäften aus der Verwaltung. Das Hauptanliegen ist, dass alle Gemeinderäte, die nicht ordentliche Mitglieder oder Ersatzmitglieder der GRK sind, jederzeit auch eine gute Übersicht haben, welche hängigen Geschäfte seitens Verwaltung vorhanden sind (z.B. beim Geschäft „Revision Personalrecht“ weiss sie jetzt gar nicht, wie der Zeitplan lautet und wann es soweit vorberaten sein wird, dass es in den Rat kommt). So ist es recht schwierig, die Übersicht über alle laufenden Geschäfte zu behalten.

Einmal im Jahr im Verwaltungsbericht darüber zu berichten, reicht einfach nicht. Gleich verhält es sich mit den Dispositiven der GRK-Traktanden resp. -Beschlüsse. Wenn man sie erst zwei, drei Monate später erhält, hinkt man einfach hinterher. Es geht darum, schneller und transparenter über Geschäfte zu informieren, soweit dies rechtlich zulässig ist. Betreffend GRK-Informationspraxis ist sie der Meinung, dass man offener darüber kommunizieren sollte, was man macht. Es gibt ganz viele Dinge, über die man mehr kommunizieren dürfte. Sie wünschte sich, dass man sich mehr hinstellt und sagt, dass man gute Sachen macht. Dann haben die Verwaltung sowie die Politik viel mehr politische Legitimation. Es würde sie sehr freuen, wenn die anderen Fraktionen das Postulat zuhanden der Gemeindeversammlung so unterstützen würden für einen ersten kleinen Schritt zu mehr Transparenz.

- 1.3 François Scheidegger macht darauf aufmerksam, dass die Gemeindeversammlung der falsche Ort für einen solchen Vorstoss ist. Das gehört in einen Gemeinderat. Es ist der Gemeinderat, der das beschliessen muss. Er hat vernommen, dass es auch verschiedene Gedanken für eine neue Organisation der Stadt gibt. Er kann Angela Kummer beipflichten wenn sie sagt: „Tue Gutes und sprich darüber“. Das ist auch seine Meinung. Er erinnert aber daran, dass er einmal beauftragt hat, einen Informationsbeauftragten bei der Stadt anzustellen. Das wollte man damals seitens SP nicht. Das ist halt immer mit Kosten verbunden, aber man ist wirklich bestrebt, wo immer es geht, angemessen und zeitgemäss zu informieren. Natürlich gelingt einem dies nicht immer. Das ist klar. Er hat aber den Eindruck, dass man das im Vergleich mit anderen Städten nicht so schlecht macht. Man kann immer noch mehr machen. Letztlich hat man eben das Problem, dass die Gemeinderatskommission eine Kommission ist und dort gelten das Kommissionsgeheimnis und die Vertraulichkeit. Gemäss GRKB vom 24. September 2003 *können die GRK-Mitglieder in ihren Fraktionen über die gefassten Beschlüsse orientieren, soweit sie nicht als "vertraulich/nicht veröffentlichen" bezeichnet sind. Hingegen dürfen sie über die Einzelheiten der Beratung (Voten, Anträge) keine Auskunft geben.* Er bittet, die GRK-Mitglieder dies auch so zu handhaben. Was ebenfalls nicht vertraulich ist, sind die Traktanden, soweit sie nicht explizit aus Datenschutzgründen als vertraulich gekennzeichnet sind. In der Gemeinderatskommission gibt es praktisch nur reine Beschlussprotokolle. Wer nicht mit diesen Geschäften befasst ist, kann mit den Protokollauszügen nicht viel anfangen. Es ist einfach ein grundsätzliches, institutionelles Problem. Sonst muss man halt die Gemeinderatskommission aufheben. Er hat damit kein Problem, aber dann muss man sich bewusst sein, dass man 14-tägliche GR-Sitzungen abhalten muss. Man könnte auch die Gemeinderatskommission von 5 auf 7 Mitglieder erweitern, was er bei anderer Gelegenheit auch schon vorgeschlagen hat. Er wird das nicht machen, er möchte das den Parteien einfach mitgeben. Wenn man bei der Gemeinderatskommission auch noch die Ersatzmitglieder miteinbezieht, wären bei einem 15-Gemeinderat fast alle informiert. Es hätte auch den Vorteil, dass alle GR-Fraktionen in der Gemeinderatskommission vertreten wären. Heute ist die glp ausgeschlossen. Das wäre seiner Ansicht nach ein möglicher Schritt. Sonst müsste er einfach sagen, dass man das sogar als Anstiftung zur Amtsgeheimnisverletzung interpretieren könnte. Er bittet um Verständnis, dass man an das Amtsgeheimnis gebunden ist. Das ist die Problematik des Ganzen. Ihm ist nicht ganz klar, was unter rollender Vorlagenplanung zu verstehen ist. Das muss man ihm dann noch einmal erklären. Ihm ist auch nicht bewusst, dass der Kanton so etwas hat. Er hat noch nachgefragt, aber vielleicht am falschen Ort. Aber auch aus seiner Zeit als Kantonsrat weiss er nichts davon. Dort führt man einfach eine Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte.

Das hat mit einer Planung gar nichts zu tun. Man braucht das auch gar nicht, denn man hat in der Geschäftsordnung des Gemeinderates drin, dass die Geschäfte (Vorstösse) an der nächsten oder übernächsten GR-Sitzung zu behandeln sind. Das ist eine reine Ordnungsvorschrift, aber selbstverständlich probiert man, sich daran zu halten. Er versteht ja das Anliegen. Man versucht auch, in Absprache mit Vize-Stadtpräsident Remo Bill über gewisse Geschäfte vermehrt zu informieren. Das hat man insbesondere bei der Baudirektion angefangen. Hier erstattet man zwischendurch über gewisse Geschäfte im Gemeinderat Bericht. Eine Orientierung im Gemeinderat wäre im April 2021 vorgesehen gewesen, aber Corona-bedingt und angesichts der gewaltigen Geschäftslast, ist dies leider nicht gegangen. Stattdessen wird morgen an der GRK-Sitzung über gewisse Geschäfte aus der Baudirektion informiert. Die GR-Mitglieder können auch immer unter „Verschiedenem“ Fragen stellen. Bis jetzt wurde immer Auskunft gegeben.

- 1.4 Laut Angela Kummer soll dies in keiner Weise eine Anstiftung zur Amtsgeheimnisverletzung sein. Wenn man GRK-Mitglied ist, muss man aufpassen, was man sagt. Sie glaubt, dass sich die SP-Fraktion das vielleicht zu sehr zu Herzen genommen und die eigenen Leute zu wenig informiert hat. Je nach Grösse der Fraktion stellt sich das Problem anders dar. Bei kleineren Fraktionen wie z.B. bei der CVP sind zwei Gemeinderäte ohnehin schon als GRK-Mitglieder (ordentlich und Ersatz) involviert und im Besitz der Unterlagen. Im Kantonsrat gibt es durchaus eine Liste, was die Gesetzesrevisionen anbelangt. Dort hat man einen Zeitplan, der auch nicht immer ganz genau eingehalten wird. Es kann auch dort einmal eine Verzögerung geben. Es geht ihr auch nicht darum, ob es dann effektiv in der nächsten Session oder später kommt. Wichtig ist für sie, dass man sieht, wann die grossen Brocken kommen und wie der Behandlungsstand ist. Es geht ihr auch nicht nur um die Vorstösse. Es ist im Gemeinderat schon mehrmals vorgekommen, dass ein Geschäft sprich ein Vorstoss nicht für die nächste oder übernächste Sitzung traktandiert wurde. Das kann mehrere Gründe haben. Sie musste schon mehrmals nachhaken. Es wurde nachher gut begründet, warum sich das Geschäft verzögert hat. Sie hat damit kein Problem. Es ist einfach schwierig, alles auf dem Radar zu haben. Es würde die Arbeit der „einfachen“ Gemeinderäte erleichtern, wenn man hier eine Liste hätte. Ihr wurde gesagt, dass es so eine Liste gibt. Man müsste schauen, dass dort keine vertraulichen Sachen drauf sind. Es geht ihr wirklich um einen besseren Informationsfluss insgesamt und nicht darum, die Verwaltung dazu zu verleiten, vertrauliche Informationen herauszugeben.
- 1.5 Gemäss François Scheidegger hat man in den letzten Jahren angefangen hat, bei Projekten (z.B. Revision Personalrecht) immer die Projektorganisation (Matrixorganisation mit Zeitplan) mitzuliefern. Das möchte er deponiert haben. Der Gemeinderat ist Exekutive und nicht Parlament.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Laut Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, ist es nichts Neues, dass die Gemeinderatskommission der glp ein Dorn im Auge ist, da sie völlig ausgeschlossen ist. Im Sinne der Transparenz sollten zumindest alle Parteien, die im Gemeinderat vertreten sind, auch Anrecht auf Informationen und einen Sitz haben.

Man darf und sollte die gIp einbeziehen. Dass man aufgrund des Amtsgeheimnisses gewisse Sachverhalte nicht herausgeben kann, ist logisch. Man kann nicht personelle Diskussionen in der Öffentlichkeit führen. Es geht auch nicht darum, solche Informationen preiszugeben, sondern darum, dass die Gemeinderatskommission nicht so eine extreme Blackbox ist und ein gewisses Verständnis dafür geschaffen wird, was dort vor sich geht. Er denkt, dass ein normal denkender Bürger auch verstehen wird, dass gewisse vertrauliche Geschäfte dort diskutiert werden. Es geht darum, dass die Bevölkerung versteht, was dort überhaupt gemacht wird.

- 3.2 Stadtschreiberin Luzia Meister ergänzt, dass der Kanton eine riesige Gesetzgebung hat, die viel ändert. In Grenchen kommen die grossen Sachen schon vorab in den Gemeinderat, weil man dafür Kredite braucht (z.B. Personalordnung, Ortsplanungsrevision, die Vorbereitung des Baurechts ist). Eine kleine Schulordnungsänderung, wie man sie im Zusammenhang mit den KiTas hatte, ist keine Riesensache. Man hat hier nicht so viel Spannendes wie der Kanton. Die Umwandlung in ein Postulat ist erfolgt. Jetzt muss der Gemeinderat entscheiden, ob er der Gemeindeversammlung beantragen will, das Postulat erheblich zu erklären oder nicht. Der zweite Punkt (Ziff. 4.2) betrifft den Austausch mit dem Gemeinderat, den sie für sehr wichtig hält. Es wäre hilfreich, wenn man aufgrund von Rückmeldungen konkret wüsste, wo man etwas nicht oder zu wenig gemacht hat.
- 3.3 Gemäss François Scheidegger lautet der Antrag Ziff. 4.1 der Verwaltung nach der Umwandlung der Motion in ein Postulat wie folgt: *Soweit das Postulat gültig ist, wird es als nicht erheblich erklärt.*
- 3.4 Gemeinderat Peter Brotschi hat früher als Zeitungsredaktor sämtliche Protokolle von der Stadtkanzlei erhalten. Er wusste, wann der Chef Werkhof einen Lohnklassenanstieg bekam und was er verdiente. Da es als vertraulich gekennzeichnet war, hat man selbstverständlich nie etwas veröffentlicht. Er weiss, dass der Datenschutz heute höher gewichtet wird. Das kann er schon respektieren. Er bekundet aber Mühe, dass nur die GRK-Mitglieder (ordentlich und Ersatz) die GRK-Protokolle erhalten. Er hat nicht das Gefühl, dass man, wenn jetzt die anderen sechs GR-Mitglieder, die immerhin gewählte Mitglieder der Exekutive sind, das auch noch erhalten und informiert sind, den Datenschutz zu sehr ausreizen würde. Das ist seine persönliche Meinung. Dann wären alle informiert. Er macht wie der Stadtpräsident beliebt, das nicht an der Gemeindeversammlung, sondern einmal in aller Ruhe mit einsprechender Vorlage im Gemeinderat zu diskutieren.
- 3.5 François Scheidegger hatte noch die Idee, dass man alle Protokolle vertraulich deklarieren und so dem Gemeinderat verschicken würde. Aber die Stadtschreiberin, die zugleich Datenschutzbeauftragte ist, hat gesagt, dass das nicht geht.
- 3.6 Luzia Meister führt aus, dass der Datenschutz heute ernst genommen wird. Die Leistungsbeurteilung eines Mitarbeitenden z.B. ist geheim. Eine Beförderung oder eine Lohnerhöhung hat auch immer etwas mit einer Leistungsbeurteilung zu tun. Sie würde wohl von der kantonalen Datenschutzstelle gemassregelt, wenn sie sagen würde, dass diejenigen, die nicht darüber abstimmen müssen, das auch noch wissen sollen. Der Datenschutz sagt klar, dass man von personenbezogene Daten nur Kenntnis haben darf, wenn sie zur Ausübung einer Aufgabe erforderlich sind. Sie darf anderen Abteilungsvorstehern auch nicht alles zeigen. Sie darf nur fragen und ihre Kollegen müssen ihr antworten, wenn sie etwas für ihre Arbeit braucht. Auch der Stadtpräsident darf nicht alles wissen. Er darf z.B. bei der Steuerverwaltung nicht nachfragen, was dieser oder jener Bürger verdient, wenn er dies für seine Arbeit nicht braucht.

Da ist man heute viel sensibler. Ob man das gut findet, ist eine andere Frage. Man macht sich in der Verwaltung deswegen zum Teil auch gegenseitig das Leben schwer und wirft sich Knebel zwischen die Beine. Der Datenschutz ist hier relativ rigide. Datenschutzverletzungen werden unter Strafe gestellt. Sie findet das auch nicht überall gut und lustig, aber das Datenschutzrecht ist nun einmal kantonal und der Kanton schaut einem auf die Finger. Sie hat das Gesetz nicht gemacht. Das Ganze hat Vor- und Nachteile.

- 3.7 François Scheidegger bestätigt, dass das Amtsgeheimnis auch verwaltungsintern gilt. Vor seiner Zeit hatte man hier andere Auffassungen. Er hat keinen Einblick ins Steuerregister. Das geht ihn nichts an, er will das auch nicht. Er muss es von Amtes wegen nicht wissen. Bei Steuererlassen kann es sein, dass er ausnahmsweise etwas wissen muss. Auch im Strafrecht darf z.B. die Polizei dem Sozialamt keine Auskünfte erteilen. Er bekommt auch keine Auskünfte vom Sozialamt. Es wird nicht einfacher.
- 3.8 Keine weiteren Wortmeldungen.
- 3.9 Ziff. 4.1 wird mit 8 : 6 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.
Ziff. 4.2 wird stillschweigend gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

- 4.1 Soweit das Postulat gültig ist, wird es als nicht erheblich erklärt.
- 4.2 Es wird davon Kenntnis genommen, dass das Stadtpräsidium gerne bereit ist, sich mit dem Gemeinderat über die Informationspraxis auszutauschen und sinnvolle Verbesserungen umzusetzen.

Vollzug: KZL

GV
 Gemeinderätin Angela Kummer (Erstunterzeichnerin), Bielstrasse 62, 2540 Grenchen

0.1.0.0 / acs

Überparteiliche Motion: Einführung eines Stellenmoratoriums bzw. einer für die gesamte Stadtverwaltung geltenden Stellenplafonierung: Einreichung

1 Mit Datum vom 8. Juni 2021 wird folgende überparteiliche Motion eingereicht (Erstunterzeichner: Robert Gerber, FDP):

1.1 Motionstext

Der Stadtpräsident wird ersucht, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Einführung eines Stellenmoratoriums bzw. einer Stellenplafonierung zum Entscheid vorzulegen, welche sowohl einen Verzicht auf die Schaffung neuer Stellen - auch Teilpensen und Pensen-erhöhungen - als auch den Verzicht auf die sofortige Wiederbesetzung von durch natürliche Abgänge und Pensionierungen freiwerdenden Stellen beinhalten. Stellen sollen nach einem Abgang grundsätzlich mindestens sechs Monate vakant bleiben und erst nach einer eingehenden Bedürfnisabklärung zur Wiederbesetzung freigegeben werden.

Ausgangslage und Begründung:

Die FDP-Fraktion hat schon bei der Beratung des Budgets 2021 im Oktober letzten Jahres darauf hingewiesen, dass bezüglich der finanziellen Lage der Stadt Grenchen erhöhte Aufmerksamkeit und Kostensenkungsmassnahmen erforderlich sind. Zwischenzeitlich hat der Gemeinderat in drei halbtägigen Samstag-Workshops Ansätze erster Sparmassnahmen und Minderausgaben behandelt, die bereits im Budget 2022 wirksam werden sollen.

Die Jahresrechnung 2020 schliesst zwar erfreulicherweise mit einem Einnahmenüberschuss ab, welcher grösstenteils auf einen sogenannten Einmaleffekt zurückzuführen ist. Ein Blick in den Aufgaben- und Finanzplan zeigt aber, dass die Schönwetterphase vorbei zu sein scheint und, soll die Standortgunst unserer Stadt auch nur annähernd erhalten werden, Massnahmen getroffen werden müssen, welche längerfristige Resultate zeigen. Nagelfeilen-Kosmetik reicht nicht mehr aus, es sind eher chirurgische Eingriffe angesagt, um dem strukturellen Defizit auf den Leib zu rücken. Die Einführung eines Stellenmoratoriums bzw. einer für die gesamte Stadtverwaltung geltenden Stellenplafonierung ist ein wichtiger Teilaspekt.

Man kann auch in Grenchen nicht immer nur bestellen und zu jedem Kredit- und Personalbegehren Ja und Amen sagen, ohne jemandem die längerfristigen Konsequenzen aufzubürden! Durch rasches Handeln und ein Moratorium von Stellenbesetzungen bzw. einer Stellenplafonierung können Folgekosten wirksam und nachhaltig begrenzt werden.

Entsprechend erscheint es notwendig nun

- *sämtliche nicht durch übergeordnetes Recht vorgeschriebenen Aktivitäten der Stadt aufzulisten, zu überprüfen, und je nachdem, einzustellen;*
- *ein Stellenmoratorium bzw. eine Stellenplafonierung vorzusehen, wonach ab sofort keine neuen Stellen mehr bewilligt werden;*
- *Personalengpässe konsequent durch Stellen-Umbesetzungen innerhalb der Verwaltung zu überwinden;*
- *freiwerdende personelle Kapazitäten primär zugunsten von Engpässen in anderen Abteilungen umzulegen, sekundär abzubauen;*
- *die Erfüllung der durch übergeordnetes Recht vorgeschriebenen Aufgaben zu überprüfen auf effizientere, insbesondere auf personell und kostenmässig weniger aufwändige Erledigung.*

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

PA
AVK
FW
ZS
PEK
FV

0.2.2 / acs

Kleine Anfrage Richard Aschberger (SVP): Finanzkommission in der Stadt Grenchen: Einreichung

1 Mit Datum vom 8. Juni 2021 reicht Richard Aschberger (SVP) folgende kleine Anfrage ein:

1.1 Text der kleinen Anfrage:

Die Jahresrechnung ist dieses Jahr deutlich schlank und geht weniger tief in den Details, das hat sich so ergeben in den letzten Jahren. Mit der Umstellung auf die neuen Rechnungslegungsmodelle/Systeme wurde es nur auf den ersten Blick etwas transparenter. Heute muss man sich deutlich mehr Zeit nehmen, um Detailinformationen zu finden respektive abzufragen. Früher waren die wichtigsten Änderungen in den jeweiligen Konten direkt erwähnt, heute nicht mehr. Es gibt nur noch Kurzzusammenfassungen. Speziell dieses Jahr bekam ich viele Rückfragen und das ist ein Zeichen, dass man etwas optimieren muss. Wenn Laien sich nicht mehr in Kürze einen Überblick verschaffen können, dann ist das kein gutes Zeichen. Vor allem hat der Gemeinderat eine hohe Verantwortung gegenüber den Finanzen der Stadt und muss sich daher auskennen. Oder man hat ein Fachgremium dazu analog Kantonsrat.

Bei der Jahresrechnung müssen jeweils die Amtsvorsteher die Zahlen ihrer Abteilung erläutern und auch kritische Fragen über sich ergehen lassen. Plus bis ins kleinste Detail Auskunft geben. Die Sitzungen betreffend Jahresrechnung sind mit der GPK vom Kanton ZUSAMMEN.

Ich bitte daher die Verwaltung, meine Fragen zeitnah zu beantworten:

- 1. Ist es möglich und vorgesehen, die Jahresrechnung wieder etwas detaillierter zu gestalten?*
- 2. Weshalb hat die Stadt Grenchen keine eigene Finanzkommission wie es andere Städte haben oder der Kanton hat – oder gab es gar nie eine?*
- 3. Kann sich die Stadtverwaltung vorstellen, so eine Kommission oder Arbeitsgruppe einzusetzen, auch mit dem Punkt, die Jahresrechnung so zu optimieren, dass sie lesbarer wird?*
- 4. Eventuell sogar mit der GPK zusammen? Dieses System hat sich sehr gut bewährt beim Kanton.*

2 Die schriftliche Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

FV
Stadtschreiberin

0.1.8 / acs

Kleine Anfrage Richard Aschberger (SVP): Immobilien im Besitz der Stadt / Thema Bewirtschaftung: Einreichung

1 Mit Datum vom 8. Juni 2021 reicht Richard Aschberger (SVP) folgende kleine Anfrage ein:

1.1 Text der kleinen Anfrage:

Vor knapp sechs Jahren wurde zu diesem Thema das letzte Mal im Gemeinderat debattiert, dann war es ruhig. Bis zu den Finanzworkshops 2021, wo diese Frage am Rande wieder aufkam. Daher meine Fragen, danke für die zeitnahe Beantwortung:

1. *Wie viel "Manpower" bindet aktuell die Immobilienbewirtschaftung der Stadt Grenchen und was kostet dies?*
2. *Wann wurde das letzte Mal überprüft/durchgerechnet, ob sich eine Bewirtschaftung von externen Experten/Fachleuten rechnen würde?*
3. *Wie oft werden die Mietzinsen kontrolliert/auf "marktüblich" kontrolliert?*
4. *Wo sieht man die Renditenauszüge für die einzelnen Liegenschaften der Stadt respektive haben wir aktuell Liegenschaften, welche seit Jahren defizitär sind und wenn ja, weshalb?*
5. *Unterhält die Stadt eigene Sozialwohnungen oder "sozialen Wohnungsbau"?*

2 Die schriftliche Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD
PA
FV

0.9.1.0 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Neue Betriebsbewilligung Spitex Grenchen bis Ende 2026

- 1.1 Das Amt für Soziale Sicherheit hat mit Verfügung vom 1. Juni 2021 der Spitex Grenchen eine Betriebsbewilligung erteilt, die seit 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2026 gültig ist.

2 GR-Ausflug: Prägélz

- 2.1 Gemeinderätin Angela Kummer fragt an, ob das Interesse besteht, wieder einen GR-Ausflug zu unternehmen, auch in Anbetracht der neuen Legislaturperiode, z.B. im Herbst oder wann auch immer. Es wird nicht einen riesigen Wechsel geben, aber trotzdem kommen ein paar neue Gemeinderäte und Gemeinderätinnen dazu. Man könnte z.B. Prägélz gemeinsam besichtigen und sich ein Bild über den Zustand des Ferienheims machen. Es kann aber auch eine Firma sein, die man sich anschaut. Ist hier schon etwas in Planung und wie ist das Vorgehen?
- 2.2 Stadtpräsident François Scheidegger dankt für die Frage. Eigentlich war letztes Jahr geplant, einen Ausflug an die Hand zu nehmen, was dann Corona-bedingt ins Wasser fiel. Danach hatte Gemeinderat Marc Willemin die Idee, etwas im letzten Oktober oder November 2020 zu organisieren, was dann nicht ging, weil die zweite Welle kam. Man entschied sich dann, mit dem GR-Ausflug zuzuwarten, bis der neue Gemeinderat eingesetzt ist. Er findet Prägélz einen guten Vorschlag. Er war letzstens mit Gästen aus Neckarsulm dort (die Tour führte von Biel mit dem Schiff nach Ligerz und danach mit dem Bähnli nach Prägélz ins Ferienheim). Der Gemeinderat könnte in Prägélz Mittagessen und sich in Bild setzen lassen. Am Abend könnte man den Tag mit einem gemeinsamen Nachtessen abschliessen.
- 2.3 Angela Kummer wird die Sache noch mit dem Vize-Stadtpräsidenten Remo Bill anschauen.
- 2.4 François Scheidegger findet es sehr gut, wenn z.B. im Herbst 2021 ein GR-Ausflug mit dem neuen Gemeinderat unternommen werden könnte. Wenn Prägélz für alle in Ordnung ist, wird die Stadtkanzlei Terminvorschläge unterbreiten.

3 Abriss Haus Wiesenstrasse 12

- 3.1 Gemäss Gemeinderat Peter Brotschi soll das Haus an der Wiesenstrasse 12 abgerissen werden. Das ist nicht das Problem, sondern dasjenige, was dort entstehen soll, nämlich ein Parkplatz. Er war nicht zur Einsprache berechtigt, sonst hätte er eine eingereicht. Er wollte noch einen Leserbrief schreiben, hat es aber unterlassen, weil die Sache eigentlich niemanden interessiert. Aber er ist Gemeinderat und kann hier seinen Unmut kundtun, dass dort wieder ein Parkplatz entsteht. Er ist ein alter Grenchner. Er hat die Zeiten erlebt, wo es an der Quartierstrasse noch ein Restaurant gab. Das wurde abgerissen und jetzt ist dort schon seit Jahrzehnten ein Parkplatz. Weiter nördlich an der Centralstrasse gab es das Restaurant Tell. Das wurde ebenfalls abgerissen und auch dort entstand ein Parkplatz. Noch weiter nördlich an der Mühlestrasse gab es früher das schöne Restaurant Müli. Nach dessen Abriss wurde dort ein riesiger Parkplatz gebaut. Er möchte einfach nicht, dass die Innenstadt plötzlich ein Parkplatz ist. Er macht beliebt, dass man in der Ortsplanungsrevision ein Auge darauf hat, dass solche Grundstücke im Stadtzentrum innert nützlicher Zeit wieder bebaut werden sollten.
- 3.2 Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass man keine Handhabung hat, das zu verhindern. Man könnte solche Gebäude im Rahmen der Ortsplanungsrevision als schützenswert deklarieren. Das wäre eine Möglichkeit, aber auch das bietet keine absolute Sicherheit (auch geschützte Gebäude können unter gewissen Voraussetzungen abgerissen werden). Es gibt immer noch die Eigentumsfreiheit. Er nimmt das so entgegen.

4 VERTRAULICH

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 6

vom 08. Juni 2021

Beschluss Nr. 2780

VERTRAULICH